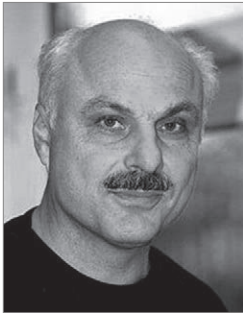


Die Angst geht um

■ ADALBERT KRIMS



Adalbert Krims, zunächst Redakteur bei der Monatszeitschrift „Neues Forum“. Dann bis 1990 Informationsarbeit bei verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen. Seit 1991 Redakteur beim ORF, bis zu seiner Pensionierung 2012 in der Abteilung Religion/Radio.

Das hat uns gerade noch gefehlt. Seit Monaten beherrscht die Flüchtlingsthematik nicht nur die Stammtische, sondern auch die Medien. Mitten in dieser aufgeheizten Debatte kamen dann die furchtbaren Attentate von Paris – und seither herrscht Terrorangst. Viele Menschen sehen einen Zusammenhang zwischen Flüchtlingen, Islam und Terrorismus – und reagieren mit Ablehnung, Wut und Angst. Die Politik schwankt meist zwischen Hilflosigkeit, Aktionismus und Populismus. Frankreich z. B. verhängte einen dreimonatigen Ausnahmezustand, verstärkte die Bombardierungen des IS in Syrien und plant weitere verschärfte Sicherheitsgesetze. Aber auch in anderen europäischen Ländern gibt es ähnliche Tendenzen: Eindämmung der „Flüchtlingsflut“, Grenzzäune und -kontrollen, mehr Überwachung.

Paranoia, Angst und Schrecken

Der UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit, Heiner Bielefeldt, wies kürzlich in Graz darauf hin, dass die IS-Terroristen „Europa in einen Bürgerkrieg mit dem Islam verwickeln“ wollen. Ihr Ziel sei es, unter den Menschen Paranoia, Angst und Schrecken zu verbreiten und eine tiefe Spaltung der Gesellschaften in Mehrheiten und Minderheiten zu erreichen. Wenn man die öffentliche Stimmung, die Berichterstattung der Medien und die Maßnahmen der Politik betrachtet, so sind die Terroristen der Erreichung ihrer Ziele schon ziemlich nahe gekommen.

Einschränkung der Bürgerrechte

Was aber kann und soll wirklich getan werden? Der Kriminalsoziologe Reinhard Kreissl warnte in einem STANDARD-In-

terview (19.11.15) vor „Kriegsrhetorik“ und weiterer Einschränkung der Bürgerrechte. Für ihn gibt es zwei wichtige Botschaften: „Erstens: Man kann solche Anschläge nicht verhindern, egal was Geheimdienste und Thinktanks versprechen. Zweitens: Solche Anschläge sind relativ selten.“ Faktum ist: Vor 1990 gab es in Westeuropa wesentlich mehr Terroropfer als seither. Und die Gefahr, bei einem Verkehrsunfall ums Leben zu kommen, ist in Europa ein paar Hundertmal größer, als einem Terroranschlag zum Opfer zu fallen.

Themen getrennt analysieren

Vor allem aber ist wichtig, die Themen Flüchtlinge, Islam und Terrorismus auseinanderzuhalten und getrennt zu analysieren. Die aktuellen Flüchtlingsströme nach Europa haben nicht zuletzt mit den Kriegen in Syrien, dem Irak und Afghanistan sowie mit der Kürzung der humanitären Hilfe für die Flüchtlingslager in deren Nachbarländern zu tun. Wer weniger Flüchtlinge in Europa haben will, muss daher eine aktive Friedenspolitik betreiben und die Hilfe für die betroffenen Länder erhöhen. Der Terrorismus hat ja auch Wurzeln einerseits im Mittleren Osten, andererseits aber in den Gettos der Vorstädte (vor allem in Frankreich und Belgien). Insofern sollte Terrorbekämpfung nicht nur unter dem Aspekt der Sicherheitspolitik gesehen werden, sondern auch der Sozial- und der Friedenspolitik. Wir sollten den Islam endlich als gleichberechtigte europäische Religionsgemeinschaft anerkennen. Da die meisten Opfer des IS Muslime sind, wären sie auch Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus. Um diese Chance zu nützen, müssten wir sie aber auch so behandeln, wie wir selbst behandelt werden wollen. ■